

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 15. Jänner 1920, Nr. 18.

**Kartoffelabgabe.** Freitag bis Montag werden in den Bezirken 19 bis 21 holländische Kartoffeln, und zwar 1/2 kg pro Kopf zum Preise von K 5.10 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „K“ der Kartoffelkarte abgegeben. An den gleichen Tagen werden auch in den Bezirken 1 bis 3 1 kg holländische Kartoffeln zum Preise von K 5.10 gegen Abtrennung der Buchstaben „L“ und „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**Erweiterung des Ueberlandkraftwerkes in Ebenfurth.** VB. Emmerling berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Erweiterung des Ueberlandkraftwerkes in Ebenfurth durch eine neue Kesselanlage. Die Kosten belaufen sich auf 15.7 Millionen Kronen. Nachdem StR. Schmid (chr. soa.) den Referentenantrag befürwortet hatte, wurde derselbe angenommen.

**Absage der Gemeinderatssitzung.** Die morgige Sitzung des Gemeinderates wurde gleich wie die vormittägige Sitzung des Stadtrates abgesagt.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 15. Jänner 1920, Nr. 19.

**Vergebung der Sortierung des Hauskehrrichtes.** StR. Siegel berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über die neue Vergebung der Sortierung des Hauskehrrichtes. Für die Sortierung waren bisher 3 Kontrahenten bestellt gewesen, die auf Grund einer Offertverhandlung eine Pachtsumme von 47.000 K zu entrichten hatten. Bei Beginn des Krieges hat man den 3 Kontrahenten die Zahlung dieser Pachtsumme erlassen und zwar bis zum 13. Juni 1916. Von da an hat man von zwei Kontrahenten je ein Drittel des ursprünglichen Betrages verlangt, von dem einen nur ein Sechstel. Nun hat man eine neuerliche Offertverhandlung ausgeschrieben und das Ergebnis derselben ist, dass die neuen Pachtverträge eine Summe von 90.240 Kronen ergeben. Man hat also während zweier Jahre den Kontrahenten mehrere Zehntausende Kronen geschenkt. Jetzt wurde die Sortierung 9 Kontrahenten übertragen. Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

**Die Kohlennot.** In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete Bgm. Reumann über die neuerlich eingetretene Kohlennot. Die Kohlenversorgung Wiens hat einen derartig geringen Umfang angenommen, dass sich katastrophale Erscheinungen herausgebildet haben. Die katastrophalen Erscheinungen zeigen sich vor allem in der völligen Aufzehrung unserer Vorräte und es sind daher tief einschneidende Massnahmen unumgänglich notwendig. Ich habe gestern in einer Unterredung mit dem Abgesandten des Staatsamtes für Handel erklärt, dass die zu erlassenden Massnahmen nicht mehr als Verfügungen des Stadtrates oder des Gemeinderates angesehen werden dürfen, sondern, dass sie im Wege einer Verordnung hinausgehen werden müssen. Die jetzigen tiefbedauerlichen Zustände sind hervorgerufen worden durch ganz kolossale Lohnbewegungen einerseits und andererseits durch politische Ursachen. Die oberschlesischen Zufuhren werden unterbunden durch Eisenbahnstreiks und jene Bewegung, welche sich gegen das Betriebsrätegesetz richtet. Dadurch sind ausgedehnte Streiks eingetreten. Was den Eisenbahnstreik anbelangt, so ist es so weit gekommen, dass selbst leerlaufende Waggonen den Gruben nicht mehr zugeschoben werden können, wodurch eine Verladung ganz unmöglich geworden ist. Was Mährisch-Ostau anbelangt, so wissen die Herren, dass dort ein Streik ausgebrochen ist. In den Zeitungen hat es gestern geheissen, dass der Streik bereits

beigelegt sei und heute der Betrieb voll aufgenommen werden würde. Die bisher eingelaufenen Nachrichten deuten jedoch darauf hin, dass die Arbeit in Mährisch-Ostauer Gebiete heute <sup>nicht</sup> wieder aufgenommen werden wird, sondern es es scheint im Gegenteile, dass die Streikbewegung einen wellenartigen Charakter angenommen hat, der sich wahrscheinlich darin ausdrücken wird, dass den einen Tag gearbeitet und den andern Tag nicht gearbeitet wird. Keinesfalls ist aber in Mährisch-Ostauergebiet die völlige Rückkehr zur Arbeit zu verzeichnen. Es wird wahrscheinlich noch einige Tage dauern, bis wieder Beruhigung eingetreten sein wird. Dann braucht es natürlich tagelang bis die ordnungsmässige Verladung der Kohle in die Wago geleitet sein wird. Was die polnischen Zuschübe anbelangt, so sind sie eingestellt worden durch eine Reihe von Umständen, welche noch nicht gänzlich aufgeklärt sind. Was die Situation noch weiter ungemein verschärft, ist die Qualität der Kohle. Es gibt heute kein Sortieren der Kohle mehr, wodurch der Ausstoss des toten Gesteines möglich sein würde. Alles was heute gefördert wird, wird als Kohle betrachtet. Dadurch ist die Kohle natürlich in ihrer Qualität sehr reduziert und eine Tonne Kohle der heutigen Zuschübe hat einen bedeutend geringeren Kalorienwert als die Kohle früherer Zeiten. Die Verordnung, welche vom Staatsamte für Handel und Verkehr etc. wahrscheinlich noch heute erlassen werden wird, beinhaltet folgende Massnahmen:

- 1.) Der Betrieb der städtischen Strassenbahnen wird für den Personenverkehr eingestellt
- 2.) Die Entnahme von Gas und elektrischer Energie für Kraftzwecke wird untersagt. Ausgenommen sind nur die Approvisionierungsbetriebe.
- 3.) Ladengeschäfte, Verkaufslöke und Magazine dürfen nach 3 Uhr nachmittags nicht beleuchtet werden, auch nicht mit Ersatzbeleuchtung. Nur beim Handel mit notwendigen Lebensmitteln dürfen die Betriebsräume bis 7 Uhr abends beleuchtet werden.
- 4.) In Kanzleien und Kontoren einschliesslich jener in öffentlichen Aemtern und Anstalten darf mit Gas und Elektrizität nach 3 Uhr nachmittags nicht mehr beleuchtet werden.
- 5.) Konzert- und Vortragssäle aller Art, Theater, Lichtspielhäuser, Varietes und ähnliche Vergnügungslöke werden geschlossen.
- 6.) Die Verwendung von Personenaufzügen ist untersagt.
- 7.) Ausser den normalen Straffolgen gelten die des § 16 der Vollzugsanweisung der n. ö. Landesregierung von 9. Oktober 1919.
- 8.) Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Aus der Fassung dieser Verordnung spricht der <sup>ganze</sup> Ernst der Situation. Direktor Menzel der an den Verhandlungen in Prag teilgenommen hat, erstattete über das Ergebnis dieser Verhandlungen folgenden Bericht: Nach dem Uebereinkommen, das mit der tschechoslovakischen Regierung bis Ende 1919 beschlossen war, sollten fördertäglich 903 Waggon zu 10 Tonnen geliefert werden. Von dieser Menge wurden nur 529 Waggon geliefert. Gleich in der ersten gemeinsamen grossen Sitzung der österreichischen und tschechischen Vertreter erklärte der Leiter des tschechischen Kohlenwirtschaftsamtes, dass die tschechische Regierung mit Rücksicht auf die eigene unzureichende Kohlenversorgung und ihre sonstigen Vertragsverpflichtungen ganz ausser Stande seien, mehr als bisher zu liefern. Die ziffernmässige Postsetzung der zu liefernden Menge wäre aus einem noch zu bestimmenden Durchschnitt der Lieferungen des Vorjahres zu ermitteln. Gleichzeitig wurden noch zu bestimmende Kompensationen verlangt, von deren Erfüllung die Kohlenlieferung abhängig gemacht werden wird. Diese Forderungen beziehen sich in der Hauptsache auf Verkehrsfragen, in welchen sich die tschechische Regierung einen besonderen Einfluss gewahrt wissen will. Der Hinweis des Leiters des österreichischen Kohlenamtes auf die im Friedensvertrage von St. Germain der Tschechoslovakei auferlegte Verpflichtung, Oesterreich im Verhältnisse <sup>des</sup> Jahres 1913 und der derzeitigen Förderung mit Kohle zu versorgen, wurde von den tschechischen Vertretern damit beantwortet, dass bei der heutigen Lage der Kohlenversorgung der Tschechoslovakei eine Verpflichtung, Oesterreich Kohle zu liefern, nicht bestahe. Der Vertreter des österreichischen Staatsamtes für Aussenverhältnisse erklärte, diese Ansicht durchaus nicht teilen zu können, Er sei geneigt in Hinblick auf die angebotenen ganz unzureichenden Kohlenmengen, mit denen Oesterreich nicht in entferntesten die

Belangen finden könnte, die Mitglieder des österreichischen Kabinetts in Kenntnis zu setzen und zu diesem Zwecke um Abbruch der Verhandlung zu ersuchen. Die tschechischen Vertreter erklärten sich damit einverstanden.

Das war die Lage wie sie sich gleich am Beginn der Verhandlungen ergab. Nach einigen Tagen, und zwar am 13. d.M. wurde tschechoslovakischerseits in einer gemeinsamen unter den Vorsitz der beiden Kabinettschefs abgehaltenen Sitzung Anbot gestellt, nachdem Oesterreich in Summe 500 Waggon für <sup>forttäglich</sup> erhalten soll, 100 Waggon Steinkohle und 380 Waggon Braunkohle sein werden.

Direktor Menzel bemerkte hierzu, dass mit dieser Menge, die im Vertrage Oesterreich zugesichert wird, keinesfalls das Auslangen gefunden werden kann und dass besonders durch die Machtbefugnisse der Verkehrs- und Kohlenkommission das Verfügungsrecht des österreichischen Kohlenamtes über die Kohlenlieferungen vollständig aufgehoben würde. Die Wiener Gaswerke, die in dem tschechischen Anbote mit den 120 Waggon Steinkohle aus dem Ostau-Karvi-Revier bedacht sind, werden zwar um 10 Waggon fördertäglich mehr erhalten, doch werden sie noch immer ein tägliches Defizit von 30 Waggon Kohle aufweisen, die solange es noch möglich ist, aus dem derzeitigen Vorrat von 800 Waggon gedeckt werden können oder auf eine andere Weise beschafft werden müssen.

Da am 14. d.M. die Verkehrs- und Kohlenkommission zusammengetreten ist, an der über Verlangen auch die Gemeinde Wien teilnehmen soll, ist Magistratsrat Dr. Fastenbauer als Vertreter der Gemeinde Wien noch an Prag geblieben. Der heutige Bericht wird wahrscheinlich noch mehrere Ergänzungen erfahren.

Direktor Karel erklärte, dass der Vorrat der städtischen Elektrizitätswerke mit dem gestrigen Tage auf 105 Waggon gesunken ist, da gestern das Kohlenamt mitgeteilt hat, dass jede Zuweisung von Kohle an die Elektrizitätswerke mangels jeglicher verfügbarer Vorräte unmöglich sei, sei nichts anderes möglich gewesen, als sofort die strengsten Sparmassnahmen, von denen ab schwerste die Einstellung des Strassenbahnbetriebes empfunden werden wird, zu erlassen. Direktor Karel fügte noch hinzu <sup>mangels</sup> dass infolge jeglicher Kohlenzuweisung durch den Staat der Bedarf der Gemeinde Wien an elektrischen Strom nurmehr durch die Förderung des Zillingdorfer-Bergwerkes gedeckt werden könne, welches derzeit 115 Waggon erzeuge. Die Tatsache, dass der Strombedarf Wiens nur durch ein Ueberlandkraftwerk gedeckt werden könne, gebe zu schweren Bedenken Anlass, weil jede Störung in der Fernleitung das Ausbleiben der Stromlieferung bedinge. Solche Störungen seien anlässlich der gegenwärtigen Witterungsverhältnisse sehr leicht zu gewärtigen, habe ja sogar der gestrige Orkan bereits solche ernstliche Störungen verursacht.

Direktor Spängler berechnet den finanziellen Ausfall für die Strassenbahnen im Falle einer Einstellung auf täglich ungefähr 1 Million Kronen. Nach dem Kollektivvertrage sei er berechtigt, das Personal jetzt zu beurlauben, was wahrscheinlich auch geschehen werde. <sup>Folge</sup> Es wird die notwendige Folge die Linie nach Enzersdorf eingestellt werden wird und dass von Seite des Staatsamtes auch die Linien von Mauer nach Mödling und von Wien nach Baden und Pressburg werden eingestellt werden. Ob letzteres bestimmt durchgeführt werde, wisse er nicht, da andererseits Herren von Verkehrsamt erklärt hätten, dass im Falle der Einstellung des Strassenbahnbetriebes eine Herdichtung des Lokalverkehrs auf den Eisenbahnen Platz greifen werde. Mit Rücksicht <sup>darauf</sup> wird der Stadtrat heute sich darüber schlüssig werden müssen, ob es dann nicht doch notwendig sein werde, dass wenigstens ein teilweiser Verkehr auf der Strassenbahn durchgeführt werde.

In der Debatte ergriff zunächst StR. Vaugoin (chr. soz.) das Wort, der darauf hinwies, dass nach den heute gehörten Berichten, die Lage allerdings als trostlos bezeichnet werden müsste. Dennoch müsse er sein Erstaunen darüber ausdrücken, dass man so weitgehende Massnahmen erlassen wolle. Die einschneidendste davon sei zweifellos die vollständige Einstellung der Strassenbahn. Damit könne er sich absolut nicht einverstanden erklären, und bitte den Stadtrat einen Beschluss in der Richtung zu fassen, dass zumindest ein Früh- und Abendverkehr aufrecht erhalten bleibe. Die 14 Waggon, die für diesen Verkehr gebraucht werden, würden schon noch aufgebracht werden können. Ganz unmöglich sei es, einer Verdichtung des Lokalverkehrs zuzustimmen. Es gehe nicht an, dass man den Arbeitern den Strassenbahnverkehr nehme und den Hamstererzügen Verkehr biete. Was das Verbot der Ersatzbeleuchtung anbelangt, so könne er sich auch damit nicht einverstanden erklären. Es erscheine ihm nicht begreiflich, warum man die Ersatzbeleuchtung allgemein verbiete.

StR. Seidel (Soz. Dem.) erklärte sich mit dem Antrage des StR. Vaugoin einverstanden, da die völlige Ausschaltung des Strassenbahnbetriebes untunlich erscheine. Ein gedrosselter Verkehr sei jedenfalls besser als gar keiner. Rednerin vermisse in der Verordnung insbesondere eine Bestimmung bezüglich der Gastwirtschaften und Kaffeehäuser. Wenn die Strassenbahn eingestellt werden muss, wenn die Industrien abgeschaltet werden müssen, so sei dies eine Katastrophe sowohl für die Unternehmer als für die Arbeiter und es sei begreiflich, dass sich insbesondere der letzteren eine Erbitterung bemächtige. Wenn nun die Kaffeehäuser und Gastwirtschaften offen bleiben können, während andererseits alles übrige gesperrt werden müsse, so wirke eine solche Erscheinung auf die Arbeiter nur zweifellos aufreizend, insbesondere wenn man erwäge, dass heute schon fast jedes 3. Kaffeehaus ein Tingeltangel sei. Das werden die Arbeiter nicht verstehen, dass sie nicht arbeiten können und dass sich andererseits Leute in den Kaffeehäusern bis in die späten Nachtstunden hinein vergnügen können. Rednerin pladiert dafür, dass man den Gast- und Kaffeehäusern auch das Offenhalten mit Ersatzbeleuchtung nicht gestatten solle. Es treffe zweifellos auch diese Betriebe die 8 Uhr Sperre schwer, aber es lasse sich eben unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes machen.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) legte Wert darauf, dass man ganz besonders aus dem Bericht des Gaswerksdirektors Manzel Gewicht lege, weil daraus hervorgehe, dass das Gas für die Zukunft ausserordentlich schlecht daran sei. In dieser Beziehung müssten eine Reihe von Vorsorgen getroffen werden. Redner nimmt sodann Stellung, dass die Kanzleien nur bis 3 Uhr beleuchtet werden dürfen und auch keine Ersatzbeleuchtung gestattet werde. Das sei ungereimt. Redner beantragt weiters, dass man in all den Belangen, mit denen man nicht einverstanden sei, konkrete Vorschläge an das Staatsamt machen soll, so insbesondere im Bezug auf den Strassenbahnverkehr, der wenigstens in den Frühstunden aufrecht erhalten werden müsse.

StR. Schorsch (Soz. Dem.) betonte, dass die völlige Ausschaltung der Industrien eine Katastrophe bedeute. Wir befänden uns mitten in einer Teuerungswelle und überall seien Lohnbewegungen in Gange. Dazu komme noch, dass man in letzterer Zeit die Bemerkung machen müsse, dass lediglich wegen des Mangels an Kohle etc. die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag zunehme. Schon jetzt würden seitens der Arbeiter darüber Klagen geführt, dass sie mit Rücksicht auf die Teuerungswelle mit den bisherigen Bezügen für Auskommen nicht auskommen können. Was soll nun dann geschehen, wenn die Betriebe stillgelegt werden müssen. Das müsse nach Redners Meinung unbedingt hintangehalten werden, weil sonst die Zahl der Arbeitslosen ins Ungemeine gehen würde. Redner ist deshalb der Ansicht, dass man bei den Staatsämtern unbedingt darauf dringen müsse, dass die Arbeitszeit in den Industriebetrieben nur reduziert zu werden brauche, damit die Unternehmer in der Lage seien, ein gewisses Plus, das die Arbeiter für die reduzierte Arbeit verlangen aus eigener Tasche darauf zuzahlen. Redner tritt weiters dafür ein, dass die Strassenbahn wenigstens in den Frühstunden verkehren müsse, denn ein vollständiges Einstellen derselben bedeute gleichfalls eine Katastrophe für die Arbeiterwohlfahrt. Durch den Krieg seien die Arbeiter oft gezwungen in entlegenen gelegenen Arbeitsstätten Arbeit zu suchen und zu finden und man könne den Arbeitern nicht zumuten, um diese Arbeitsstätten zu erreichen einen oft stundenlangen Weg vorher zurückzulegen. Um einen reduzierten industriellen Betrieb aufrecht zu erhalten, wäre es vielleicht angebracht, wenn auch die Betriebe in der Provinz mit reduzierter Arbeitszeit arbeiten würden, wodurch die dort in Erzeugung gebrauchte

Kohle Wien zufließen könne.

StR. Haider (chr. soz.) sagte, es müsse alles getan werden, damit die Kanzleien wenigstens bis 6 Uhr beleuchtet werden dürfen, damit eine vorzeitige Schliessung der Bürostunden hintangehalten werde. Weiters stimme er mit Frau StR. Seidel überein, dass es nicht angehe, den Eisenbahnverkehr zu verdichten und den Strassenbahnverkehr gänzlich einzustellen. Endlich nahm er noch gegen die Bemerkung des Direktor Spängler Stellung, dass den Strassenbahnern jetzt ein Urlaub erteilt werde. Von einem Urlaub in der gegenwärtigen Jahreszeit hätten die Strassenbahner gar nichts. Er bitte deshalb den Direktor von dieser Massnahme abzusehen.

StR. Iser (Soz. Dem.) betonte, dass das Kohlenkomitee in der letzten Zeit ununterbrochen gearbeitet habe. Der Vorwurf, der seitens der Minorität erhoben werde, dass es zu dieser Frage nicht Stellung genommen habe, sei daher unberechtigt. Die Kohlen- und Strassenbahnfrage beschäftigte das Komitee schon seit Wochen, ja Monaten. Allerdings, wenn eine Frage, wie die gegenwärtige, momentan auftauche, das heisst, wenn nämlich plötzlich keine Kohle mehr geliefert werde, so nütze natürlich selbst das schönste Komitee nichts, weil es eben momentan nicht einberufen werden könne. Recht eigentümlich sei es, dass StR. Vaugoin heute für die Einstellung der Hamstererzüge gesprochen habe. Als seine Partei seinerzeit dasselbe verlangt habe, sei gerade die Minorität dagegen gewesen. Redner stellte zum Schlusse den Antrag, es möge sich ein stadträtliches Komitee noch heute zu den Staatsämtern begeben und dort erwirken, dass die Strassenbahn erst dann eingestellt werden müsse, wenn auch der Eisenbahnverkehr nicht mehr nötig erscheine. Ansonsten solle aber auch unbedingt der Frühverkehr auf der Strassenbahn aufrecht erhalten werden.

StR. Schmid (chr. soz.) sagte, es solle alles aufgewendet werden, damit der Strassenbahnverkehr bis wenigstens 9 Uhr vormittags aufrecht erhalten bleibe. Desweiteren stimmte er den Ausführungen der Frau StR. Seidel bezüglich Licht der Gast- und Kaffeehäuser zu. Das Offenhalten der Kaffeehäuser nach 8 und 9 Uhr abends und die lärmenden Unterhaltungen, die dort stattfinden, seien zweifellos in den heutigen Verhältnissen aufreissend. Schliesslich gab er die Anregung die Förderung in Zillingdorf und Neufeld nach Möglichkeit zu erhöhen. Vielleicht könnten hierzu Arbeitslose oder Volkswehr herangezogen werden. Auch solle man nicht ausser Aug lassen, dass die Torfstecherei mehr als bisher zur Versorgung der Stadt Wien mit Brennmaterial herangezogen werden.

StR. Josef Müller (chr. soz.) trat dafür ein, dass die elektrische Bahn Wien-Pressburg nicht eingestellt werde, weil für die Approvisionierung Wiens unbedingt notwendig sei.

Direktor Karel teilte zur Aufklärung mit, dass nicht Lebensmittelzüge sondern nur Personenzüge eingestellt werden.

StR. Körber (chr. soz.) ist dafür, dass die Vergnügungslokale und die Tingeltangel, etc. gesperrt werden. Wogegen er jedoch sein müsse, sei, dass man auch die bürgerlichen Gastwirtschaften in ihren Erwerbe einschränke. Damit könne er sich absolut nicht einverstanden erklären.

Eine dänische Weihnachtsjause Heute Nachmittags fand im Festsaal des Rathauses eine Kinderweihnachtsjause statt, zu welcher von dänischer Seite die Gaben und Mittel aufgebracht wurden. Der Redakteur der Berlinerische Tidende Herr Faber hat in seinem Briefe einen warmen Aufruf an die Wiener Kinder erlassen und das schöne Ergebnis war, dass heute erstmalig 1400 Kinder je ein Paket mit 4 Kilo vollwertiger Lebensmittel und eine Jause unter dem noch stehenden Weihnachtsbaum bestehend aus Schokolade und Kuchen erhalten konnten. Der Delegierte des Dänischen roten Kreuzes Oberstlt. Rook und Frau hatte in Verbindung mit dem Dänischen Gesandten Levehen und der Dänischen Kolonie in Wien das Kinderfest arrangiert. Er betonte in seiner Begrüßungsansprache, dass der Saal zwar wegen der Kohlennot trotz der Kinder nicht geheizt werden konnte, dass ihnen aber die Feier wenigstens auf kurze Zeit den Jammer vergessen machen werde. Vicebgm. Winter dankte Namens des Bürgermeisters dem wohlwollen Dänischen für die edle Hilfe in schwerer Zeit. Mit einem Spiel aus Andersen Märchen und der dänischen Hymne schloß die kleine Feier.

Fortsetzung der Kohlendebatte.

StR. Riber (chr. soz.) nahm gegen das Verbot der Erleuchtung Stellung. Dieses Verbot sei Unsinn und werde auch weitgehend nicht respektiert werden. Denn derjenige, der genug Karbid habe, werde trotz Verbotes solange seine Lokale beleuchten als es ihm passe. Redner wünschte, dass die Wiener sozialdemokratische Partei auf die Arbeiter in den Kohlengruben einen Einfluss ausüben möge, damit die immer wiederkehrenden Streiks, welche auch eine schwere Schädigung des Proletariates mit sich bringen, hintangehalten werden. Nach dem StR. Vaugoin (chr. soz.) noch gesprochen hatte, erklärt StR. Täubler (Soz. Dem.), daß ebenso wie die Christlichsozialen von den Sozialdemokraten eine Einflusnahme auf die Arbeiter verlangt, die Sozialdemokraten fordern könnten, daß auf die Katholiken in den betreffenden Ländern durch die Christlichsozialen ein Einfluß ausgeübt werde. Tatsächlich sei der Streik in Mährisch-Osterau wegen des Mangels an Lebensmitteln angebrochen und diese Lebensmittel können die Wiener Sozialdemokraten für die Arbeiter in Mährisch-Osterau nicht herschaffen. Redner macht u. a. aufmerksam, dass es ein weiterer schwerer Schlag für die Bevölkerung wäre, wenn die Zeitungen eingestellt werden müßten, weil die Zeitungsanschriften über die Ausgabe von Lebensmitteln heute für die Approvisionierung der Stadt eine Notwendigkeit sind. Heute müssen die Leute schon

stundenlang stehen, um Lebensmittel kaufen zu können und es wäre unerträglich, wenn sie sich jetzt vielleicht auch noch bei den Antehäusern zu Tausenden anstellen müßten, um zu erfahren, wann und wo Kartoffel, Mehl oder andere Lebensmittel ansgesgeben werden.

Bgm. Reumann bemerkt in seinen Schlußworten, daß die Mitteilung des Direktor Spöngler über die Aufrechterhaltung eines Früh- und Abendverkehrs der Strassenbahn bis jetzt nicht bestätigt werden konnte und daß es angesichts des vollständigen Fehlens an Kohlen auch <sup>schwer</sup> unmöglich erscheine, einen solchen Teilverkehr beizubehalten. Der Bürgermeister teilte mit, daß er das Kohlenkomitee, von dem in der Debatte gesprochen wurde, im Rathaus in Permanenz tagen werde, damit es in der nächsten Zeit zu allen Fragen, die an die Gemeindeverwaltung in der Angelegenheit der Kohlenversorgung herangetragen werden, unverzüglich Stellung nehmen könne.

Bei der Abstimmung wurden die Berichte zur Kenntnis genommen und die Anträge des StR. Iser angenommen, die besagen, daß 1.) ein stadtträtlisches Komitee sich noch im Laufe des heutigen Tages in das Staatsamt für Handel und Gewerbe begibt, um wenigstens die Aufrechterhaltung des Verkehrs der Strassenbahn in den Früh- und Abendstunden zu erreichen, 2.) daß eine gänzliche Einstellung des Straßenbahnverkehrs erst dann erfolgt, wenn wirklich auch alle Lokalbahnstrecken eingestellt werden sind und 3.) daß die Gemeinde Wien voller Einblick in die Anbringung und Verteilung der Kohlenvorräte gegeben werde und Vertreter des Stadtrates in Einkunft vor Herausgabe solcher Verordnungen Gelegenheit geboten werde, das Stellung zu nehmen.

In das Komitee wurden gewählt die Stadträte Iser, Schorsch, Kokrdá, Vaugoin, Körber und Täubler.

Die Stadtratsabordnung im Staatsamt Unter Führung des Bürgermeisters Reumann begibt sich heute um 1/2 5 Uhr nachmittag die vom Stadtrat gewählte Abordnung in das Staatsamt für Handel und Industrie und stellt dem Staatssekretär Gardik und dem Oberbaurat Philip die verhängnisvolle Lage dar, in welche die Bevölkerung Wiens durch die vollständige Einstellung des Straßenbahnverkehrs gerät. Der Bürgermeister verweist darauf, dass es bei der ungeheuren räumlichen Ausdehnung Tausenden von Arbeitern kaum möglich sein werde, in ihre Betriebsstätten zu gelangen. Noch fürchterlicher wird die Lage, wenn schlechter Wetter eintritt. Es wäre auch kein Auskunftsmitel, wenn in den Morgenstunden ein beschränkter Verkehr auf der Stadtbahn eingeführt würde. Wenn hierzu Kohle vorhanden wäre, so würde diese viel besser verwendet und ihre Wirkkraft viel mehr ausgenutzt,

wenn sie für die Strassenbahn verwendet würde. Es müßte alles aufgewendet werden, wenn es nur irgend möglich ist, doch einen beschränkten Straßenbahnverkehr am Morgen und Abend zu sichern. In demselben Sinne sprachen die Stadträte Iser, Schorsch und Vaugoin. Oberbaurat Philip legte dar, dass die Kohlenvorräte derart erschöpft sind und die Zufuhr vollständig stockt, dass auch für den Straßenbahnverkehr leider Kohle nicht zu finden sei. Auch die Stadtbahn kann keinen Notverkehr einrichten, vielmehr wird aller Wahrscheinlichkeit schon in der allernächsten Zeit der Personenverkehr der Bahnen eingestellt werden müssen. Es ist leider auch nicht zu hoffen, dass sich die Lage rasch bessern werde. Der Osterräher Streik ist noch nicht beendet. Das Staatsamt wird natürlich alle Anstrengungen machen, sobald als möglich wenigstens einen beschränkten Straßenbahnverkehr zu ermöglichen. Vielleicht gelingt dies im Laufe der nächsten Woche. Das sind natürlich nur Hoffnungen und der Ausdruck der Bestrebungen des Staatsamtes, aber vorläufig besteht hierfür noch gar keine Sicherheit. Denn Kohle läuft nicht ein; im Gegenteil es wird teilweise auch schon der Güterverkehr bedroht. So kommt die Südbahn einen mit Eoke beladenen Zug der Alpen Monatgesellschaft nicht befördern, obgleich das Ausbleiben der Eoke den Betrieb des Hochofens aufs Äußerste gefährdet. Die neuen Bestimmungen der Sparrvorschriften müssen in vollem Umfang und auf das strengste durchgeführt werden, um dadurch doch wenigstens dem Lebensmittelbetriebe die Weiterführung und der Stadt die notdürftigste Beleuchtung zu sichern. Angesichts dieser Tatsachen blieb auch der Abordnung des Stadtrates nichts anderes übrig, als diese Frostlosigkeit der Lage zur Kenntnis zu nehmen.

Für die Angestellten der Gemeinde. Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen mit den im Kollektivvertrag stehenden Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke nicht so rasch zum Abschluß zu bringensind, beantragte Bgm. Reumann im Stadtrate, diesen Angestellten der Gaswerke, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen einen noch in dieser Woche auszuzahlenden Vorschuß von 100 K für jeden Angestellten zu bewilligen.

Bezüglich der der Dienstordnung unterstehenden Angestellten der Gemeinde hat die bei der letzten Bezugsregulierung im Dezember bewilligte gleitende Zulage noch nicht zur Auszahlung gekommen. Sie wird nämlich nach den Preissteigerungen bei den rationierten Kartoffeln, Mehl, Brot, Öl und Zucker im Nachhinein bemessen. Die Angestellten müssen also diese Preis-

steigerungen vorläufig aus eigenen tragen. Dies bedingt eine übermäßige Belastung der einzelnen Haushalte. Bgm. Reumann be-richtete, daß er daher an die Staatsregierung das Brauchen ge-richtet habe, die zwischenamtliche Stelle für die Bezugsregu-lerung ungekürzt einzuberufen, um dieser Sachlage Rechnung zu tra-gen zu können und daß er dort, falls eine Änderung der diesbezüg-lichen gesetzlichen Bestimmungen nicht mit der erforderlichen Raschheit durchführbar wäre, die schnellste Auszahlung eines Vor-schusses auf die gleitende Zulage beantragen werde. Dem Antrage und dem Berichte des Bürgermeisters wurde zugestimmt.

Wien, 16. Jänner 1920. - Abendausgabe.

---

Die Kohlenkatastrophe. Die Kohleneinläufe bei den städt. Elektrizitätswerken sind nach wie vor ganz ungenügend. Heute 50 Waggons eingelangt. Da der Vorrat heute morgens nur 40 Waggons betragen hat sind die Verhältnisse nach wie vor Trostlos und wird deshalb mit grösster Beschleunigung die Abschaltung Betriebe fortgesetzt werden. Jrgend eine Hoffnung auf baldige Besserung der Verhältnisse besteht nicht und es muss damit gerechnet werden, dass die die Bevölkerung so hatr treffender Massnahmen, insbesondere die Einstellung der Strassenbahn und der Stromlieferung an die industriellen und gewerblichen Betriebe noch längere Zeit werden aufrechterhalten werden müssen.

---

Wien, 16. Jänner 1920. - Abendausgabe.

---

Die Kohlenkatastrophe. Die Kohleneinfälle bei den städt. Elektrizitätswerken sind nach wie vor ganz ungenügend. Heute sind 50 Waggons eingelangt. Da der Vorrat heute morgens nur 40 Waggons betragen hat sind die Verhältnisse nach wie vor trostlos und wird deshalb mit größter Beschleunigung die Abschaltung der Betriebe fortgesetzt werden. Jrgend eine Hoffnung auf baldige Besserung der Verhältnisse besteht nicht und es muss damit gerechnet werden, dass die die Bevölkerung so sehr treffenden Massnahmen, insbesondere die Einstellung der Strassenbahn und der Stromlieferung an die industriellen und gewerblichen Betriebe noch längere Zeit werden aufrechterhalten werden müssen.

---